



Höhere Müllgebühren in NRW? Rot-Grün will den freien Entsorgungsmarkt zurückfahren

Das NRW-Umweltministerium will den Kommunen im Land vorschreiben, wo sie ihren Müll in Müllverbrennungsanlagen entsorgen lassen müssen. Wir Liberalen fürchten dadurch höhere Kosten für die Bürgerinnen und Bürger. Die rot-grünen Pläne werden zudem zu einer Verteuerung der Müllgebühren führen. In einem Schreiben des Umweltministeriums an die Kreise und kreisfreien Städte zur Neuregelung der Abfallwirtschaftspläne steht, dass für den kommunalen Abfall künftig wieder „verbindliche Zuweisungen“ zu bestimmten Verbrennungsanlagen gelten sollen. „Durch den neuen Abfallwirtschaftsplan [...] soll das Prinzip der Nähe gestärkt und konkretisiert werden“, heißt es in dem Brief. Ab dem nächsten Jahr könnten dann selbst neue und deutlich preiswertere Verträge zurückgenommen werden müssen. Laut Rot-Grün soll auf diese Weise ein „ungesunder Preiswettbewerb“ unterbunden werden. Schwarz-Gelb hatte 2010 in NRW den freien Entsorgungsmarkt eingeführt. Seitdem muss die Müllentsorgung öffentlich ausgeschrieben werden. Weil die Verbrennungsanlagen in NRW Überkapazitäten haben, sanken die Preise. Dieser Wettbewerb hat zu günstigeren Gebühren geführt - zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger. Die europaweite Ausschreibung ist ein schwarz-gelber Regierungserfolg. Die Landesregierung will das Rad nun wieder zurückdrehen. Doch auch ökologisch seien die Pläne Irrsinn. Die Verpflichtung, Müll in ortsnahen Anlagen zu verbrennen, könnte einige Betreiber dazu zwingen, Müll aus dem Ausland zu importieren, um die Verbrennungsanlagen auszulasten. Das wäre der umweltpolitische Super-GAU. Lesen Sie weiter unter www.fdp-lohmar.de